

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Klinga, Köhro, Lindhardt, Pomßen, Staudtitz, Threna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 36.— durch die Post bezogen einzeln der Postgebühren Mk. 2.75. Im Falle abbrechender Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Umhüllter Teil Mk. 1.20. Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Vorkauf entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gänge & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 10

Sonntag, den 23. Januar 1921

32. Jahrgang

## Oberschlesier!

Die Frist zur Eintragung in die Stimmliste läuft in den nächsten Tagen ab.

— Gile tut not! —

Wer seine Photographie noch nicht beschafft und seinen Stimmantrag noch nicht vollzogen hat, wende sich sofort an die nächste

Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, falls er nicht bereits bestimmte Anweisung erhalten hat, die peinlichst befolgt werden muß. **Seht muß vor allem zunächst das Stimmrecht gesichert werden.**

Wer die Frist versäumt,  
gibt sein Stimmrecht preis und übt damit  
Verrat am Vaterlande.

**Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier.**

In der Woche vom 24.—30. Januar 1921 erhalten Versorgungsberechtigigte

50 gr Butter — 1.25 Mk.

auf den Abchnitt der Postkarte Y 2.

Grimma, 21. Januar 1921.

15c P.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Montag, den 24. Januar 1921, vormittag 11 Uhr sollen im Gasthose zur „Stadt Leipzig“ in Naunhof als Verlesungsort

1 Standuhr, 1 Teppich, 1 Plüschsofa u. 1 Vertikal gegen Verzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 21. Januar 1921.

Q 817/20.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

### Säuglings-Fürsorge.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet

Dienstag, d. 25. Jan. und Mittwoch, d. 26. Jan. nachmittags von 2 bis 5 Uhr

in der hiesigen neuen Schule im Lehrzimmer und im Zimmer 4 statt. Alle Frauen werden gebeten, ihre im Alter bis zu 2 Jahren stehenden Kinder in der Beratungsstunde der Fürsorgeärztin zur unentgeltlichen Beratung vorzustellen.

Zur Vermeidung zu großen Andranges wird gebeten, die Kinder, deren Familiennamen mit **A bis K** beginnen, am 25., die Kinder, deren Familiennamen mit **L bis Z** beginnen, am 26. d. M. vorzustellen.

Naunhof, am 22. Januar 1921.

Der Bürgermeister.

### Hilfe für unsere Getreideäcker

Aber die dringende Notwendigkeit, die Preise für Düngemittel zu verbilligen, wird uns aus volkswirtschaftlichen Kreisen geschrieben:

Die Bedeutung der heimischen Erzeugung von Brotgetreide ist heute für Deutschland vielleicht noch größer, als vor dem Weltkriege. Damals war der Bezug von Auslandsgetreide zu Mahl- und Futterzwecken für uns ein Luxus, der kostspielig sein mochte, den wir uns aber schließlich erlauben durften. Heute bildet die Einfuhr von Brotgetreide eine so schwere Belastung unserer Zahlungsbilanz, daß wir mit allen Mitteln danach streben müssen, sie zu verringern. Das wichtigste von diesen Mitteln aber ist naturgemäß die Steigerung der heimischen Erzeugung, die in den letzten Jahren ja auf einen ganz geringen Teil des Vorkriegsstandes gesunken ist. — nicht zum wenigsten infolge der unzureichenden Düngung unserer Äcker.

Drei, oder wenn man will, vier Stoffe sind es, die die Pflanze neben Sonne, Wasser usw. als Nahrung braucht: Gelegentlich Kalk (das hängt vom Boden ab), stets aber Kalk, Stickstoff und Phosphorsäure. Mit den beiden ersten Nährstoffen sind wir reichlich versehen, besäßen wir doch bis zum Verlust des Elbsch gerade ein Monopol für Kalisalze, das allerdings auch so kaum mehr sehr lange vorgehalten hätte: mindestens die spanischen Kalilager wären binnen kurzem ernstliche Wettbewerber geworden. Stickstoffdünger — am besten bekannt als Chilisalpeter und schwefelsaures Ammoniak — hände uns aus den gewaltigen, im Kriege vergrößerten Anlagen in Mengen zur Verfügung, die über den Friedensverbrauch zu Düngungs- und technischen Zwecken weit hinausgingen. . . wenn diese

Vereinigten Staaten, auf einzelnen (auch früher deutsch) Süddeutsche Inseln und in französisch-Nordafrika vorkommenden Phosphate, aus denen unsere chemischen Fabriken Superphosphate herstellen sowie die Thomaschlacke, ein Erzeugnis unserer Hochofen-Industrie, von dem wir unseren Äckern alljährlich mehrere Millionen Sack zuführen. Besonders angeht es der im Verhältnis zu Pfund und Dollar billigen französischen Währung hätte es natürlich nahe gelegen, die Thomaschlacke auch weiter ihre alten Wege gehen zu lassen, — um so mehr, als, wie gesagt, Frankreich, dessen Bauern den vorzüglichsten Boden des Landes übrigens oft noch wenig sachgemäß düngen und bearbeiten; er hat es auch nicht so nötig — über andere Phosphorquellen in seinen nordafrikanischen Phosphaten verfügt. Tatsächlich aber hat seit zwei Jahren kaum ein Waggon Thomaschlacke aus Frankreich und auch aus dem ja völlig von Frankreich abhängigen Luxemburg den Weg nach Deutschland gefunden, obgleich man annehmen sollte, daß die Läger der Werke die Thomaschlacke nicht aufzunehmen vermöchten; demnahe könnte man auf den Gedanken kommen, daß auch dieses Mittel benutzt werden sollte, um den von Clemenceau so gefährdeten „20 Millionen überschüssigen Deutschen“ den Lebensfaden nach Möglichkeit zu fügen.

Aber, wie dem auch sei: der Landwirt erhält zwar für seine Erzeugnisse durchschnittlich das 10-fache, wie im Frieden, — er ist aber nach Aussage der landwirtschaftlichen Vertretungen trotzdem nicht in der Lage, die zum Teil noch stärker gestiegenen Düngemittelpreise zu zahlen. Angesichts der vielen Milliarden Mark aber, die das Reich bei der Einfuhr von Brotgetreide zu zahlen muß, um den Preis nicht ins Ungemessene anschwellen zu lassen, wurde seit langem schon der Gedanke erörtert, ob es nicht viel praktischer sei, einen — zweifellos verhältnismäßig kleinen — Teil dieser Summen zur Verbilligung der Düngemittel zu verwenden und so den Versuch einer raschen Steigerung unserer eigenen Erzeugung zu machen. Gerade in der letzten Zeit beginnen sich nun, wie es scheint, diese Gedanken in die Tat umzusetzen. Beim Stickstoff haben sich die verschiedenen Erzeugergruppen in einer großen „Stickstoff Kredit G. m. b. H.“ zusammengefunden, die durch langfristige Stundung u. a. m. dem Landwirt den Bezug von Stickstoff-Dünger erleichtern will. Für Phosphorsäure ist aber eine Reichsaktion im Gange, die, wie es heißt, darauf hinausläuft, den Superphosphatwerken für ihre Einkäufe im Ausland einen besonders niedrigen Dollarkurs zu gewährleisten und ihnen so Lieferungen zu erheblich billigeren Preisen zu ermöglichen, als sie stellen müßten, wenn sie den heutigen Kurs zahlten. Hoffentlich hat dieses Vorgehen der Reichsregierung die erwünschte Wirkung für die Landwirtschaft, — sie wird aber leider schon jetzt zu einem Teil dadurch aufgehoben, daß gerade in diesem Augenblick die Kollierte eine große Preiserhöhung fordern; es ist allerdings nicht anzunehmen, daß sie ihnen auch nur entfernt in dem geforderten Umfang bewilligt wird.

Denn was wir jetzt auf allen Gebieten brauchen, — das ist Preisabbau, aber nicht neue Steigerungen der Preise.

### Die Forderungen der Entente.

Drohungen aus London.

Während Lloyd George an den französischen Ministerpräsidenten Briand auf sein Begrüßungstelegramm in nicht mißzuverstehender Weise antwortet, die in nächster Zeit zu treffenden Entscheidungen gälten nicht allein für ihre beiden Länder, sondern es hänge auch in ausgedehntem

Maße mit voller Kraft arbeiten konnten! aber daran hindert sie der Kohlentribut an Frankreich, der ihre Leistungen auf einen Bruchteil ihrer Leistungsfähigkeit hinunterdrückt. Die Hand Frankreichs finden wir übrigens in noch bemerkenswerterer Weise bei dem letzten der wichtigsten Pflanzennährstoffe, der Phosphorsäure, für die es im Frieden zwei Anwendungsformen. Die in den Maßstabe das Schicksal ganz Europas davon ab, fühlt man sich in London veranlaßt, einen Drohbrief an Deutschland zu richten.

Das Bureau Reuter will erfahren haben, in englischen Kreisen werde die Absicht ausgesprochen, die Deutschen müßten sich darüber Rechenschaft abgeben, daß die Pariser Konferenz ihnen eine letzte Gelegenheit bietet, in der Reparationsfrage entsprechende Vorschläge zu machen. Es wird hervorgehoben, daß die Forderungen der Alliierten sehr vernünftig seien, und daß zahlreiche Zugeständnisse gemacht worden seien, und man sagt, daß, wenn die Deutschen keine greifbaren Vorschläge beibringen, die Alliierten wahrscheinlich ohne die Beihilfe der deutschen Sachverständigen handeln werden.

Man braucht diese etwas fabriziert aussehende Stimmungsmache wohl nicht allzu tragisch aufzunehmen, da selbst in Paris sich die Zeichen mehr, in friedlicher Auseinandersetzung mit den Deutschen auszukommen. Dafür spricht auch die Senatsklärung Briands.

Anbahnung einer Verständigung.

In einer Übersicht des „Zeit Parisien“ über den Stand der Verhandlungen heißt es: Die Anwesenheit der Hauptfachverständigen in Paris, und zwar sowohl der alliierten wie auch der deutschen, und die Verhandlungen, die seit Montag mit großer Lebhaftigkeit geführt werden, zeigen, daß man fieberhaft nach einer praktischen Lösung sucht. Zum mindesten möchte man sich der endgültigen Phase nähern, damit die Chiefs der alliierten Regierungen ihre definitiven Schlussfolgerungen daraus ziehen können. Nach unserer Information sollen die Verhandlungen tatsächlich schon weit vorgeschritten sein, so daß der Oberste Rat sich einem Reparationsplane gegenüber befindet, dessen Richtlinien wenigstens vorgezeichnet sind.

### Schreden ohne Ende!

Postmaster Dr. Wayer und Briand.

Dieser Tage hat der neue französische Ministerpräsident Briand den deutschen Postmaster in Paris, Dr. Wayer, ausgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die der Reparation besprochen. Der Postmaster hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, daß Deutschland bisher immer daran festgehalten habe, daß seine Gesamtschuld festgesetzt werden müsse. Dies hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könne. Wenn man eine Lösung nur für etwa fünf Jahre treffe, so sei dies insofern mißlich, als das deutsche Volk dann noch immer kein Ende abjeh und fürchten werde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe die deutsche Regierung sich auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden sind, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems zunächst nur auf einer Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Postmaster betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Kohlenlieferungen mehr als einen Teil der von uns verlangten Summe und anders als in Ratur zu leisten. Ministerpräsident Briand gab darauf seiner Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

### Politische Rundschau.

Antwort aus Berlin an die Deutschböhmen.

Der Reichspräsident hat an den Deutschen Parlamentarischen Verband in Prag ein Antworttelegramm gerichtet, in dem er für die Größe der Stammesbrüder zum 18. Januar dankt und weiter sagt: Der Gedanke, daß das innerliche Band gemeinsamer Abstammung und geistiger Anschauungen alle Deutschen, gleichgültig welchem Staate sie als Bürger dienen, fest umschlingt und sie teilnehmen läßt an den Geschicken Deutschlands, läßt uns die schwere Last der Gegenwart ertragen.

Reichspräsident und deutsche Studentenschaft.

Zum 18. Januar übermittelten die deutschen Studenten an den Reichspräsidenten Ebert eine Rundgebung, in der die Studentenschaft betont, die Pflicht jedes Deutschen sei heute, über alle Gegensätze der Parteien und Klassen hinweg dem Vaterlande zu dienen. Alles Trennende liege hinter uns. Die deutsche Studentenschaft wolle vorangehen im Kampf um den inneren Frieden. Der Reichspräsident antwortete, er habe mit Dank und Freude von der Rundgebung Kenntnis genommen und er hoffe, das Beispiel der deutschen Studentenschaft werde zum inneren Frieden und zum starken Gemeinschaftsbewußtsein des ganzen Volkes wirksam beitragen und eine Bürgerschaft werden für den Wiederaufbau des schwer geprägten Vaterlandes.

Französische Drangsalierungen im Elbsch.

In Elbsch-Verträgen ist die im Verfallende Vertrags festgelegte Frist für die Naturalisation der im Lande ge-